

# Sächsische Vorzeitung und Elbgauerpresse

## Amtsblatt

Telegr.-Adresse: Elbgauerpresse Blasewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden  
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden  
und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpöritz, Hosterwitz, Pillnig, Weißig, Schönfeld  
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Pögnitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkenwitz

Druck und Verlag: Elbgau-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co.

Erscheint jeden **Wochen** nach 4 Uhr für den folgenden Tag.  
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 9.— ausschließlich Bestellgeld;  
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 9.— monatlich 3.—  
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 8 40, monatlich 2 80.

**Blasewitz**  
Sonntag, 28. März 1920.

Anzeigen-Preis: die 6 gespaltene Grundzeile ober deren Raum  
1.— Mark, im Textzeile die Zeile 250 Mark, für Tabellen- und  
schwierigen Satz 50% Aufschlag.  
Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

### Die Politik der verflochtenen Woche.

Der verheerende Sturm, der über alle deutschen Gauen in den letzten Wochen dahinbrauste, ist abgeflaut. Einer Ruhe, einer atemberaubenden Windstille ist er gewichen. Erdrückende Schwüle, Schwere der Ungewissheit lastet auf uns allen, ermüdend wie heiße Sommerjonnenglut. Giebeln, angsterfüllt blicken wir zum blauen, strahlenden Frühlingshimmel empor. Erlösung hoffen unsere Herzen von der Schwüle der Jetztzeit, aber wie wird sie uns kommen, wie lange noch, eh' sie kommt? Schon liegen in der ferne kleine Hölchen am politischen Himmel empor, höfweise liegen Winde über's Land. Nicht lange mehr und ein neuer Sturm, ein Sturm, der zum Orkan zu wachsen droht, bricht los! Alles zertrümmert! Vor Tagen, da schien es, nachdem der Rapp-Sturm abgeflaut, der alten, verfassungsmäßigen Regierung gewichen war, als ob alle einig wären, Ordnung zu halten. Ruhe war für Sekunden eingetreten. Der weiße Terror (?) lag zerstreut am Boden, aber unspürlich, drohend, erob die dunkelrote, teuflische Schlange, des Bolschewismus ihr Haupt. „Das oben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzuehen immer Böses muß gebären!“ In unermesslichen, gemühtlichen Sachlanden, wo immer die Vernunft bisher geherrscht, erwachen auch Windstöße. In Leipzig, da hat man sich vor ihnen schützen können. Aber von den Bergen her, droben vom Vogtlande her, kommen erneute Stöße. Der rote Terror greift um sich, wenn die sächsische Regierung nicht bald Einhalt tut. Wie sie es zulassen kann, daß ein Mensch wie der Kommunist Hölz sich zum „Präsidenten von Vogtland“ aufwirft, die Schrecken der Schrecken in dem friedlichen Süddeutschen Heimatsboden errichtet und die Unabängigen die schon so sehr mit den schwersten Raubmordorganen kämpfen müssen, deren Kinder buchstäblich verhungern, für die ein ganzer norwegischer Zug mit herrlichen Lebensmitteln dasteht und doch nicht zu ihnen gelangen kann, wie der Verwesene, Wahnsinnige, die Bevölkerung mit der roten Pest durchseucht und Rot und schrecklichem, qualvollsten Hunger-tode der Verzweiflung entgegenreibt, ist für ein gesundes Menschenhirn unverständlich. Nicht tatlos zusehen, handeln! Will die Volkregierung sich vor kommenden Geschlechtern ein solches Armutszeugnis ausstellen? Das kann nicht ihr Sille sein. Trüch mit eiserner Hand mitten durchgegriffen! Aber wo ist die eiserne Faust? Die Reichswehr! Das ist keine reaktionäre Truppe, sie steht fest und treu hinter der ordnungsmäßigen Regierung. Das haben ihre Taten bewiesen. Und wie hat man sie behandelt? Gleich den Aufrührern von Kapp! Berlin und Leipzig haben es gezeigt. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet zeigt es jetzt noch. Entwaffnet, mißhandelt werden die tapferen, getreuen Reichswehrsoldaten. Ueber ihr Leiber trampelt der rote Schrecken, der Bolschewismus. Wenn die Reichsregierung noch weiterhin ärgert, dann werden die vereinigten Vorkünder der Volkswirtschaft immer weiter getragen werden, und werden sich vereinen zu einem Massenakt, einer Uebertrumpfung des deutschen Volkes, wie ein leichter Luftzug mit andrerich sich verbindend zu einem Sturm, einem ungeheuren Orkan ins Unermessliche wächst. Aber wie stellt sich bisher die Regierung zum roten Putsch, der ihren einzigen Schutz, die Reichswehr mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft? Herr Ministerpräsident Bauer hat im Namen der Reichsregierung auch an die Terroristen, denn weiter sind die aufrührerischen, bewaffneten Arbeitermassen nichts, den Dank dafür, daß die drei sozialistischen Parteien — d. h. die Mehrheits-Soz., die Unabhängigen und die Kommunisten — der Regierung in ihrem Kampf mit der Reaktion treu zur Seite gestanden haben, abgesehen. Die Regierung legt Hand an sich und mit Erfolg. Das neue Kabinett ist nunmehr zurückgetreten. Wie wird das neue sich gestalten? Darüber bestehen keine Zweifel mehr, nun nachdem alle Linksparteien, von dem weißen Aufstande einander wieder ausgetrieben, sich die Bruderhand gereicht haben. Wir stehen vor neuen Kämpfen! Das Proletariat der Arbeiter will die Macht an sich reißen und wird es tun. Nichts steht ihm jetzt im Wege. Der Riss des Bolschewismus, der vom Osten daherkommt, reißt alle Arbeitermassen mit sich, die Massen, die jetzt jubelnd aufatmen, um dann, wenn der Sturm verhaucht sein wird, in Fesseln der Knechtschaft schmerzend am Boden zu liegen. Wenn nicht einseitige Männer mit unheimlichem Auge und Verstand das neue Kabinett zum wirklichen Volkskabinett sondern zu einem der sogenannten Arbeiterklasse — als ob wir nicht alle Arbeiter wären! — bilden werden, dann sind neue Kämpfe unausbleiblich. Schon hört man Stimmen, die dagegen sind. Die Randarbeiter! In aller Eile hat ja das arbeitende (Arbeiter-)Proletariat in seinem Nachhinein vergessen, daß es auch auf dem Lande Arbeiter ist. Arbeiter, die mehr noch, zum mindesten aber ebensoviele alten wie Randarbeiter. Rührerlich, drohend erheben sie ihre Stimmen. Sie werden ihre Forderungen einstellen! Und dann, wenn wir nicht mehr zu helfen und zu brechen haben. Denn auch das Ausland veranlaßt einem bolschewistischen, einem Räuberregiment seine Lebensmittelaufuhr, dann wird der Bürgerkrieg in seiner schrecklichsten, einer bisher nie dagewesenen Form entbrennen, Nord und Süd, Ost und West, Blinden-tums werden herrschen. Unter ganzes deutsches Volk wird zurunde gerollt werden und Fremdherrschaft, brutale Gewalt werden in unserem Vaterlande ihr schwarzes Banner hissen. Aber auch das Paracium wird nicht untätig die Hände im Schoße ruhen und sich an die Wand drücken lassen, wie ebendem am 9. November 1918, nein, es wird sich auf sich selbst

bestimmen und einle gegen die Unterdrücker sich erheben. Die — — —, die schreckliche Zeit! Das Chaos! Wäre das Kabinett nicht in seiner Gesamtheit, sondern wären nur einzelne Minister von ihrem Posten zurückgetreten, dann hätte sich die Lage zur städtlichen gestalten können. Einseitig hätte vielleicht eine demokratische Regierung aller Parteien, eine Koalitionsregierung geschaffen. Jetzt ist auch der Hoffnung letzter Funken in düstere Nische verblüht, trostlos Grau umnebelt unsere Augen. Und wem verdanken wir all das Unglück, wem müssen wir der Schuld anklagen? Eraberger! Er, der den unheilvollen Schmachtsfrieden abzuschließen hat! Eraberger, der, es ist kaum anders möglich, unter fremden Einfluß stand, der uns die Drohung der Entente, uns mit ihren Truppen zu überflutenden, in den tragehen, dunkelsten Narben schilberte und die Folgen einer solchen Fremdherrschaft zu erwägen gab. Hand aufs Herz! Mit Bestimmtheit war schon im Herbst 1918 zu sehen, daß sich die Entente vor einem solchen Schritte jederzeit gehütet hätte; denn unausbleiblich wären die Folgen gewesen. Die rote Pest hätte auch Entente-Truppen verheert und ein bolschewistisches Europa war das Ende der Herrschaft und wird es, wenn der Terror erst in Deutschland herrschen sollte, früher oder später werden. Und doch, wir wollen die Hoffnung nicht zu schanden werden lassen. Ein einziger gellender Schrei hallt durch gewitterstürmische, zitternde Schwüle: „Voll wach auf!“

### Politische Nachrichten.

**Die Kabinettskrisis.**  
Die Lage ist noch nicht geklärt. Der Reichspräsident hat die zur Neubildung des Kabinetts das alte Kabinett mit der Fortführung der Geschäfte beauftragt. W. A. verbreitete gestern abend 11/12 Uhr nachfolgendes Telegramm: Nach parlamentarischen Mitteilungen haben im Laufe des Nachmittags verschiedene ergebnislose Versuche einer Kabinettsbildung stattgefunden, an denen der Gewerkschaftsführer Kapp und der Minister Müller beteiligt waren. Die Lage bleibt noch völlig ungeklärt. Immerhin wurde in den Abendstunden in den Kreisen der Nationalversammlung daran geschulten, daß Herrmann Müller Reichsminister werde und eine Ministerliste in Umlauf gesetzt, die Bauer als Reichsarbeitsminister, den Demokraten Haas (Karlsruhe) als Reichsjustizminister, Landberg als Minister des Auswärtigen, Gehler als Reichswehrminister und Guno als Reichsfinanzminister nennt. Schmidt soll Reichswirtschaftsminister bleiben, während das wieder abgetrennte Ernährungsministerium mit einem Sozialdemokraten besetzt werden soll. Koch behält das Reichsministerium des Innern. Als Reichsfinanzminister wird wiederum Birth (Str.) genannt. David und Giebberts behalten ihre Posten. Fragezeichen amliche Bestätigung dieser Liste hat bisher nicht stattgefunden.

**Generalmajor von Seekt über die Lage.**  
Berlin, 26. März. Der neuernannte Militäroberbefehlshaber Generalmajor von Seekt äußerte in einer Unterredung mit einem Vertreter des Berliner Tageblattes über die von ihm nach dem Zusammenbruche des Kappischen Unternehmens getroffenen Maßnahmen und stellte fest, daß er die bolschewistische Gefahr in Berlin anfangs überschätzt habe. Sehr ernst sei die Lage im Ruhrgebiet. Die Vieseler Verhandlungen seien zwecklos gewesen. Mit dem wirklich wichtigen Element, den Kommunisten, sei gar nicht verhandelt worden. Die Rote Armee sei gut ausgerüstet und gut geübt. Auf die Deeresfrage eingedehnt führte von Seekt so dann aus: Der Friedensvertrag hat uns ein Soldnerbeeg aufgedrängt. Ein solches Soldnerbeeg bildet immer eine Gefahr im Staate. Solange wir das Heer in seiner jetzigen Gestalt haben, muß es wenigstens aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzt sein. Arbeiter und Bürger müssen dabei sein. Offiziere und Truppen sollte man nicht politisieren. Aber man muß sie dahin aufrufen, daß für Deutschland nur eine ruhige demokratische Entwicklung möglich ist. Nur eine solche kann Deutschland auch eine achtunggebietende Stellung in der Welt wiedergeben.

**Abchiedsgesuch des General Maeder.**  
Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, hat General Maeder am 17. März sein Abchiedsgesuch eingereicht. Der General hat insolge der in der Dessenlufschung gegen ihn erhobenen Vorwürfe eine gerichtliche Untersuchung gegen sich beantragt. — Wir haben in unserer gestrigen Nummer eine längere Erklärung des General Maeder veröffentlicht, worin dieser behauptet, von Anfang an auf Seiten der Reichsregierung gestanden zu haben. Um so unerwarteter kommt daher die Nachricht, daß der General doch seinen Abschied beantragt habe.

**Der neue preussische Gesandte für Sachsen.**  
Wir wir an maßgebender Stelle hören, ist Geheimrat v. Berger von der preussischen Regierung als Gesandte für den Reichstag Sachsen in Aussicht genommen. — Geheimrat v. Berger war seit der Revolution preussischer Staatskommissar für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. In Gemeinschaft mit dem aus dem Eraberger-Prozess bekannten Geheimrat Strauß hatte er besonders den Nachrückdienst zu überwachen, der alle Unternehmungen gegen die Verfassung aufzubrechen sollte. Die „Berliner Aktion“ wüßte Geheimrat Berger vor, daß er seinen Aufspürungsdienst nach rechts hin sehr mangelhaft gehandhabt habe.

**Verhafteter Oberst.**  
Breslau, 26. März. Das Gericht hat die Verhaftung des Obersten Schmedt beschlossen, der unter Rapp Breslauer Polizeipräsident gewesen ist.

**Das neue preussische Kabinett.**  
Wie die P. P. R. berichtet, ist das preussische Kabinett wie folgt endgültig zusammengestellt worden: Präsident Graf, Minister des Innern Krüger, Finanzminister Lüdemann, Landwirtschaft Braun, Kultus Hähnisch.

**Kommunistische Gewaltpolitik.**  
Wie die „Tägl. Rundsch.“ berichtet, wurden von kommunistischer Seite Flugblätter verbreitet, in denen erklärt wird, daß die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Regierung wieder aufnehmen müsse. Man solle nicht im ganzen gegen die Truppen vorgehen, sondern das Militär durch kleine, unablässige Angriffe mürbe machen. Weiter wird zur Bildung von Sabotagekolonnen aufgefordert, die in den lebenswichtigen Betrieben Maschinen unbrauchbar machen und die Technische Hilfe an der Arbeit hindern. Weiter heißt es in einem Flugblatt, daß der Hauptstoß in etwa vier Wochen zu erwarten sei. Die kommunistische Partei werde in ihrem Vorgehen von Sowjettruppen unterstützt werden, die schon jetzt bereitstünden. Vor allem sei es notwendig, daß sich jedermann Waffen verschaffe. Auch müsse der Generalstabschef in voller Schärfe aufgenommen werden. Man müsse mit allen Mitteln auch die G. P. D. für den Generalstreik gewinnen.

**Neue Deke für einen Generalstabschef.**  
Berlin, 27. März. In der Höfowbrauerei traten gestern nachmittag etwa 1000 Betriebsräte der Unabhängigen und Kommunisten zu einer Versammlung zusammen. Der Vorsitzende, der Unabhängige Tämmis, berichtete über die gegenwärtige politische Lage. Nach einer längeren Aussprache nahm die Versammlung folgende Entschlüsse an: Der vorzeitige Abbruch des Generalstreiks vor Errichtung der notwendigen Garantien für die wertvolle Bevölkerung hat die von der Zentralleitung vorausgesetzene Wirkung gehabt, daß die gegenrevolutionären Kräfte sich wieder sammeln und stärken. Die Volkerversammlung beantragt den Aktionsausschuß, sofort alle Maßnahmen für einen neuen Generalstreik zu treffen. Der Generalstreik muß geführt werden, bis die Durchführung folgender Forderungen gelungen ist: 1. Sofortige Entwaffnung und Auflösung der gegenrevolutionären Truppen, d. h. der Truppen, die gegen die Arbeiter gekämpft haben und kämpfen. 2. Verhaftung der Offiziere und ihre Aburteilung durch ein Arbeitergericht. 3. Sofortige Reichsaufnahme und Uebergabe aller Waffen an die Arbeiter. 4. Betriebweise Ausgabe von Waffen an organisierte Arbeiter, Angehörige und Beamte. 5. Bildung von Arbeiterverbänden unter zentraler Leitung der Arbeiterräte. 6. Schließung der Bundesversammlung eines Reichsrateskongresses. 7. Hervollständigung der Wahlen der revolutionären Betriebsräte.

**Kommunistischer Gewaltakt in Glatz.**  
Breslau, 26. März. In Glatz ist am Donnerstag ein Volksaufstand aus drei Mitgliedern gebildet worden, der die Gewalt an sich gerissen hat. Der Landrat und der Bürgermeister der Stadt Glatz sind von ihm abgesetzt worden, die Offiziere der dortigen beiden Garnisonbataillone wurden zunächst festgenommen, dann aber nach ihrer Entwaffnung wieder freigelassen unter der Bedingung, Zivil zu tragen und keinen Einfluss auf die Mannschaften auszuüben. Zum Kommandeur der beiden Bataillone ist vom Volksaufstand ein Feldwebel ernannt worden. — Das Generalkommando des 6. Armeekorps hat folgendes Telegramm an den Magistrat, den Landrat und die militärischen Dienststellen geschickt: „Der unangenehme Akt der Absetzung der Offiziere und Beamten ist ohne Wissen und gegen den Willen des Oberpräsidenten Philipp und der Regierung geschehen. Sämtliche durch Unteroffiziere und den Volksaufstand Glatz angeordneten Maßnahmen sind unangenehm und sofort aufzuheben.“

**Die Hungernot im Ruhrgebiet.**  
Böln, 26. März. Aus dem Industriegebiet wird gemeldet: Die Lebensmittelversorgung des Ruhrkohlengebietes steht hart vor dem Zusammenbruche. Die Bevölkerung der Städte, insgesamt 4 Millionen Menschen, und die Rote Armee gehen an den letzten Vorräten, so daß auch das, was bisher als eiserner Bestand betrachtet werden konnte, nunmehr schnell zu Ende geht.

**Entsendung neuer Truppen nach dem Ruhrgebiet.**  
Böln, 26. März. Wie aus amerikanischen und englischer Quelle gemeldet wird, haben die Verbündeten beschlossen, der deutschen Regierung zu gemähren, 100.000 Mann nach dem Ruhrgebiet zu entsenden. Sollte diese Truppenmacht nicht genügen, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, dann sollen sie durch 80.000 Mann englischer, französischer und belgischer Truppen verstärkt werden.

**Die militärischen Vorbereitungen Frankreichs.**  
Paris, 26. März. Der „Anzeiger“ meldet aus Paris: Aus dem Seine-Departement sind Dienstag und Mittwoch eine Anzahl Truppentransportzüge in das besetzte Rheinland abgegangen. Man schätzt die abgegangenen Verbände auf 11.000 Mann. Sie führen Artillerie mit sich.

**Abgebrochene deutsch-polnische Verhandlungen.**  
Berlin, 26. März. Amtlich. Die deutsche Delegation, die in Warschau über den Verkehr mit Ostpreußen durch den polnischen Korridor verhandeln wollte, ist ohne Ergebnis zurückgekehrt. Die deutsche Regierung hält unbedingt daran fest, daß der volle uneingeschränkte Durchgangsverkehr nach Ostpreußen, wie er im Friedensvertrage zugesichert ist, die einzige mögliche Grundlage für die Verhandlungen sein kann. Die polnische Regierung hat diesen Standpunkt ausdrücklich abgelehnt. Sie hat außerdem die deutschen innerpolitischen Verhältnisse der letzten Tage zum Anlaß genommen, der deutschen Delegation die bis dahin gewährte Kurierverbindung zu verweigern. Bei dieser Sachlage war ein weiteres Verbleiben der Delegation in Warschau zwecklos.